

Antrag

der Fraktion der AfD

Neustart der Kernkraft – bezahlbare und sichere Energieversorgung wiederherstellen

- I. Der Landtag stellt fest, dass
 1. die sogenannte Energiewende, welche bei gleichzeitigem Ausstieg aus Kern- und Kohleenergie auf die künstliche Verteuerung aller fossilen Energieträger wie Erdgas und den einseitigen und planwirtschaftlichen Ausbau von Wind- und Solaranlagen setzt, gescheitert ist, weil sie der Anforderung einer modernen Wirtschaftsnation an preiswerte, regelbare und grund- und spitzenlastfähige sowie umweltfreundliche Energieversorgung nicht gerecht wird;
 2. die sogenannte Energiewende und der mit ihr einhergehende Netzausbau dazu geführt haben, dass die Strompreise hierzulande zu den höchsten der Welt gehören und die Energieversorgung infolge der „Energiewende“ nur noch durch Stromimporte aus Nachbarstaaten sicher aufrechterhalten werden kann;
 3. der Ausstieg aus der Kernenergie und die Abschaltung noch funktionstüchtiger und sicherer Kernkraftwerke ein Fehler war, der zu einer künstlichen Energieverknappung geführt und damit zu höheren Energiepreisen sowie der Gefährdung der Versorgungssicherheit (inklusive Blackout-Gefahr bei Dunkelflaute) beigetragen hat;
 4. die derzeitigen Energiehochpreise und die fehlende Versorgungssicherheit als Standortnachteile die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft beeinträchtigen und deshalb mitursächlich für den Prozess der Deindustrialisierung und die allgemeine Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik Deutschland und im Freistaat Thüringen sind;
 5. die derzeitigen Energiehochpreise als Treiber der Inflation wirken und damit Unternehmen und Bürger belasten und zu sozialen Verwerfungen führen;
 6. die Wieder- und Neuinbetriebnahme von deutschen Kernkraftwerken erforderlich ist, um eine wirtschaftliche Notlage abzuwenden und eine unabhängige und grundlastfähige Energieversorgung im Land, auch in Thüringen, zu sichern.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
 1. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die Politik der sogenannten Energiewende beendet und dabei insbesondere die für ein entwickeltes Industrieland unerlässliche Sicherstellung der Energieversorgung mit kostengünstigen, effizienten und umweltverträglichen konventionellen grund- und spitzenlastfähigen Kraftwerken gewährleistet wird;
 2. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass dieser von seinem Initiativrecht der Gesetzgebung nach Artikel 76 Abs. 1 des Grund-

gesetzes Gebrauch macht, um den Wiedereinstieg in die Kernenergie zu ermöglichen;

3. sich für die Ausweitung der Förderung der Kernforschung einzusetzen.

Begründung:

Thüringen benötigt grund- und spitzenlastfesten Strom. Nur mit einem gesunden Strommix innerhalb Deutschlands kann die Wirtschaft konkurrenzfähig und ohne Sorgen produzieren. Infolge des Ausstiegs aus der Kernenergie und der fehlgeleiteten „Energiewende“ gibt es Versorgungsprobleme und massive Preissteigerungen. Bei Dunkelflaute, wenn Solar- und Windanlagen kaum Strom liefern, schnellt der Strompreis so stark in die Höhe, dass Industriebetriebe die Produktion einstellen, wie es beispielsweise Anfang November oder Mitte Dezember 2024 der Fall war. Nur durch den Import von Strom aus Nachbarstaaten kann die Versorgung überhaupt aufrechterhalten werden. Die enorme Stromnachfrage Deutschlands führt sogar zu Preissteigerungen in den stromexportierenden Nachbarstaaten, was Deutschland bei diesen Staaten einen schlechten Ruf einbringt. Dieser Zustand ist untragbar. Deutschland muss seine Energieunabhängigkeit zurückerlangen. Dafür ist der Wiedereinstieg in die Kernkraft unerlässlich.

Die mittelständisch geprägte Wirtschaft in Thüringen leidet gegenwärtig besonders unter den in kürzester Zeit angestiegenen Energiepreisen. Deindustrialisierung und Zerstörung der Wirtschaft finden in atemberaubender Geschwindigkeit statt. Der Strompreis für Großabnehmer aus der Industrie hat sich seit dem Jahr 2021 fast verdreifacht, auf heute knapp 14 Cent pro Kilowattstunde. Die verbliebenen Kernkraftwerke könnten in dieser Situation also für Entspannung sorgen. Um diesen Negativtrend zu beenden, bedarf es der Ausweitung des Energieangebots, auch mittels Kernkraftwerken.

Für die Fraktion:

Braga